

Stadtentwicklungspolitik in Dortmund

Einführung

AG Kommunalpolitik, 01.07.2009

DIE LINKE. Dortmund

Wolf Stammnitz

Inhaltsübersicht

1. Stadtentwicklung folgt den Megatrends der Zivilisation
2. Die Antworten der aktuellen Stadtentwicklungspolitik
3. Die Trends der Hauptfunktionen der Stadt
4. Die wichtigsten Instrumente der Stadtplanung
5. Der Flächennutzungsplan als Leitplan der Stadtentwicklung
6. Das Leitbild der LINKEN: Solidarische Stadt

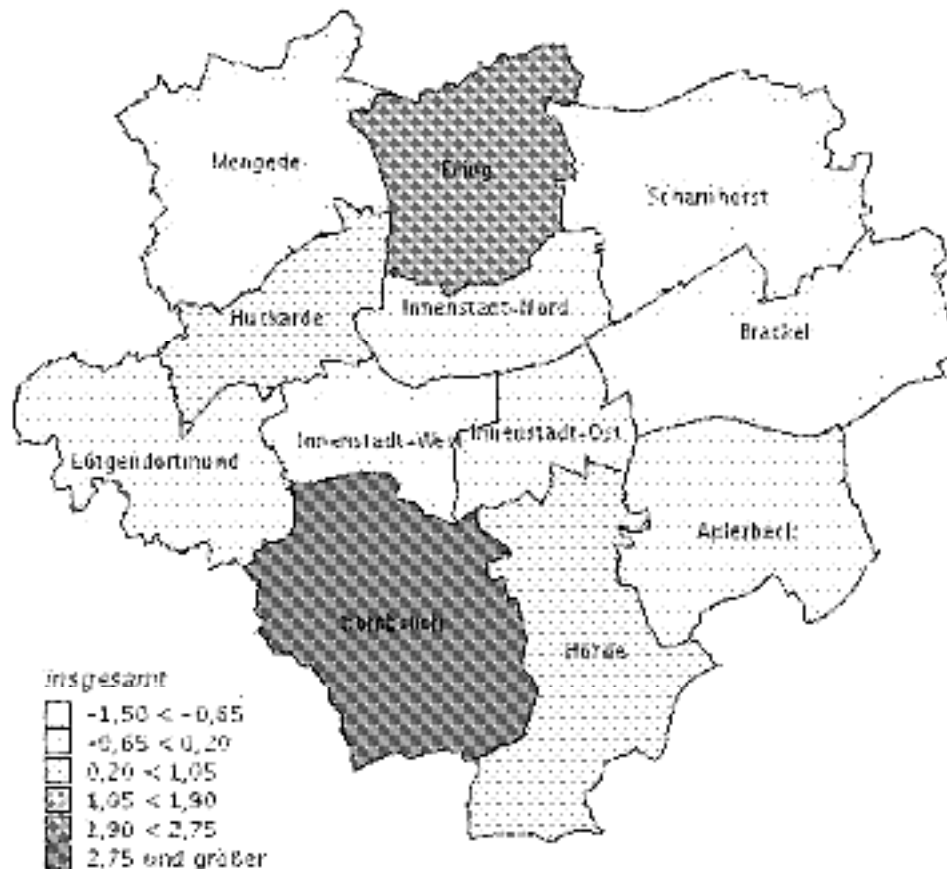
1. Stadtentwicklung folgt den Megatrends der Zivilisation

Aktuelle zivilisatorische Trends in Deutschland

- Rückläufige Geburtenzahlen und restriktive Zuwanderungspolitik führen zur Abnahme der Bevölkerung
- Rückläufige Geburtenzahlen und medizinischer Fortschritt verschieben die Altersstruktur nach oben
- Die Verstädterung (explosives Wachstum der Ballungsräume durch Landflucht seit 200 Jahren) kommt zum Stillstand
- Die „Unwirtlichkeit“ (A.Mitscherlich) der Kernstadt führt zur Zersiedlung des Umlands (Suburbanisierung, „Speckgürtel“)
- Der Strukturwandel von der Industrie- zur „Dienstleistungsgesellschaft“ begünstigt neue urbane Funktionsmischung
- Die Globalisierung der Wirtschaft führt zu fortschreitenden Beschäftigungsverlusten in den hoch entwickelten Ballungsräumen

Folgen: Stagnation/Schrumpfen der Einkommen – der Kaufkraft – der gewerblichen und Handelsumsätze – verstärkte sozialräumliche Spaltungstendenzen – Prekarisierung – Ghettobildung - Zivilisationsverlust

Bevölkerungsentwicklung 2000 - 2005



Quelle: Sozialstrukturatlas Dortmund 2007

Dortmund, Stadtbezirke in Prozent

Dortmund + 0,1*

01 Innenstadt-West -1,5

02 Innenstadt-Nord -0,5

03 Innenstadt-Ost + 0,1

04 Eving + 2,3

05 Scharnhorst -1,4

06 Brackel -1,2

07 Aplerbeck + 0,1

08 Hörde + 0,7

09 Hombruch + 3,6

10 Lütgendortmund -0,1

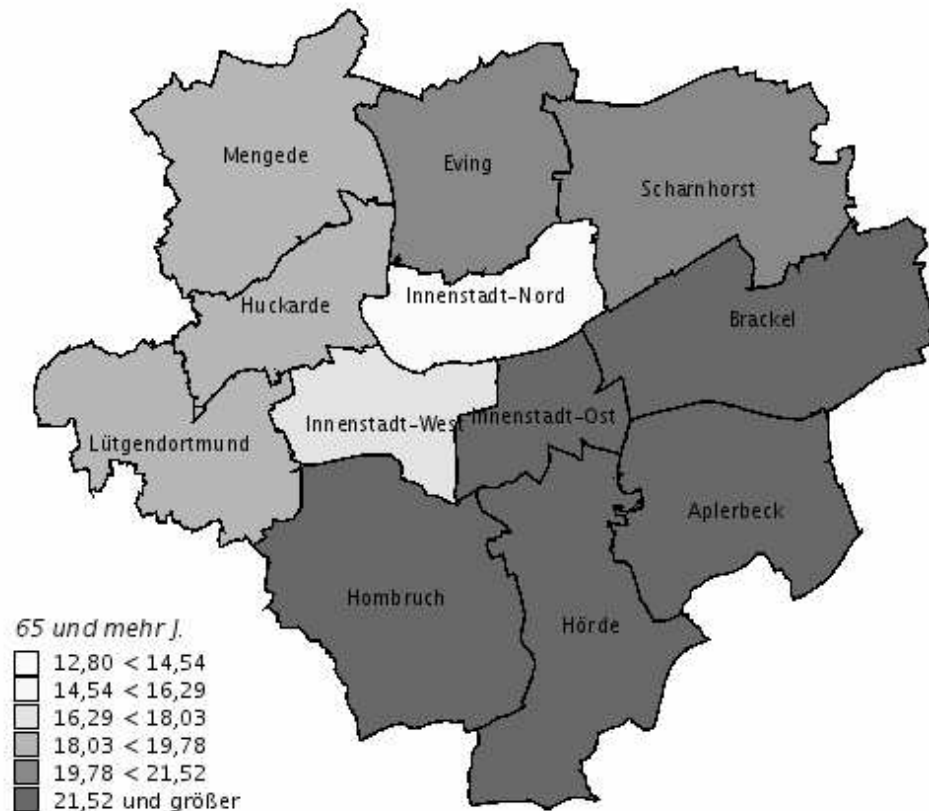
11 Huckarde + 0,4

12 Mengede -1,0

*nach LDS 1999-2007: -0,5%

DOSTAT 02/2009: 578.600 EW

Anteile der Altersgruppe 65 Jahre und älter



Dortmund, Stadtbezirke in Prozent

Dortmund 20,1

01 Innenstadt-West 17,5

02 Innenstadt-Nord 12,8

03 Innenstadt-Ost 22,2

04 Eving 20,1

05 Scharnhorst 20,5

06 Brackel 23,3

07 Aplerbeck 22,1

08 Hörde 21,7

09 Hombruch 22,4

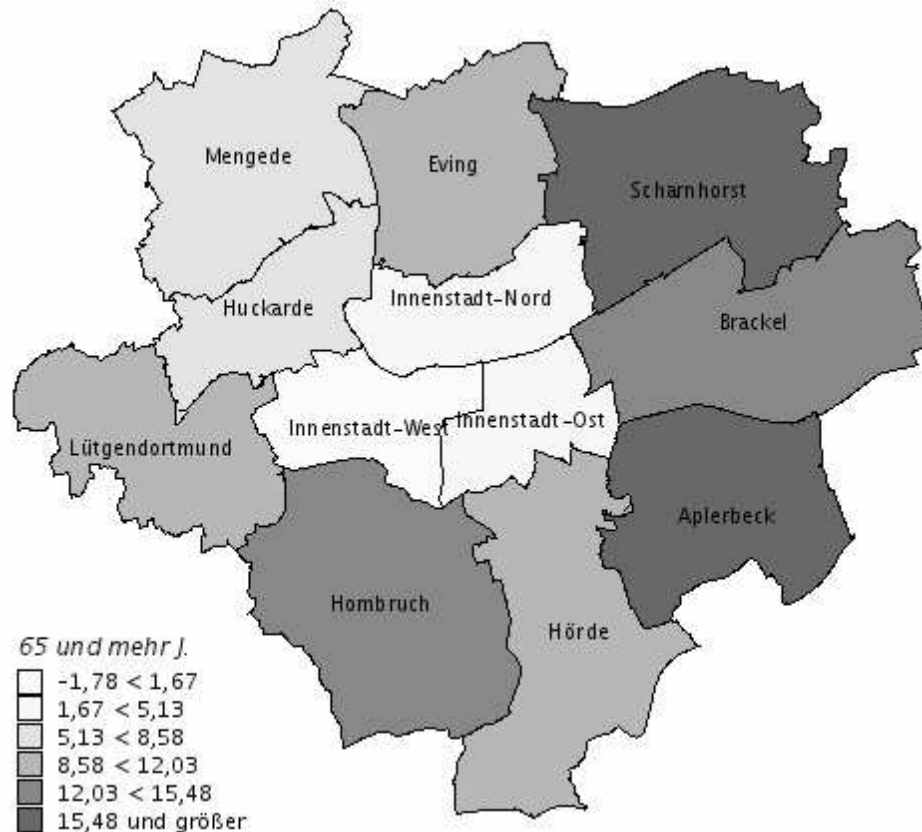
10 Lütgendortmund 19,0

11 Huckarde 19,7

12 Mengede 21,7

Quelle: Sozialstrukturatlas Dortmund 2007

Zu-/Abnahme der 65-Jährigen u.Ä. 2000 - 2005



Dortmund, Stadtbezirke in Prozent

Dortmund + 10,1

01 Innenstadt-West -1,8

02 Innenstadt-Nord + 2,4

03 Innenstadt-Ost + 2,9

04 Eving + 11,5

05 Scharnhorst + 17,5

06 Brackel + 15,3

07 Aplerbeck + 18,9

08 Hörde + 11,5

09 Hombruch + 13,6

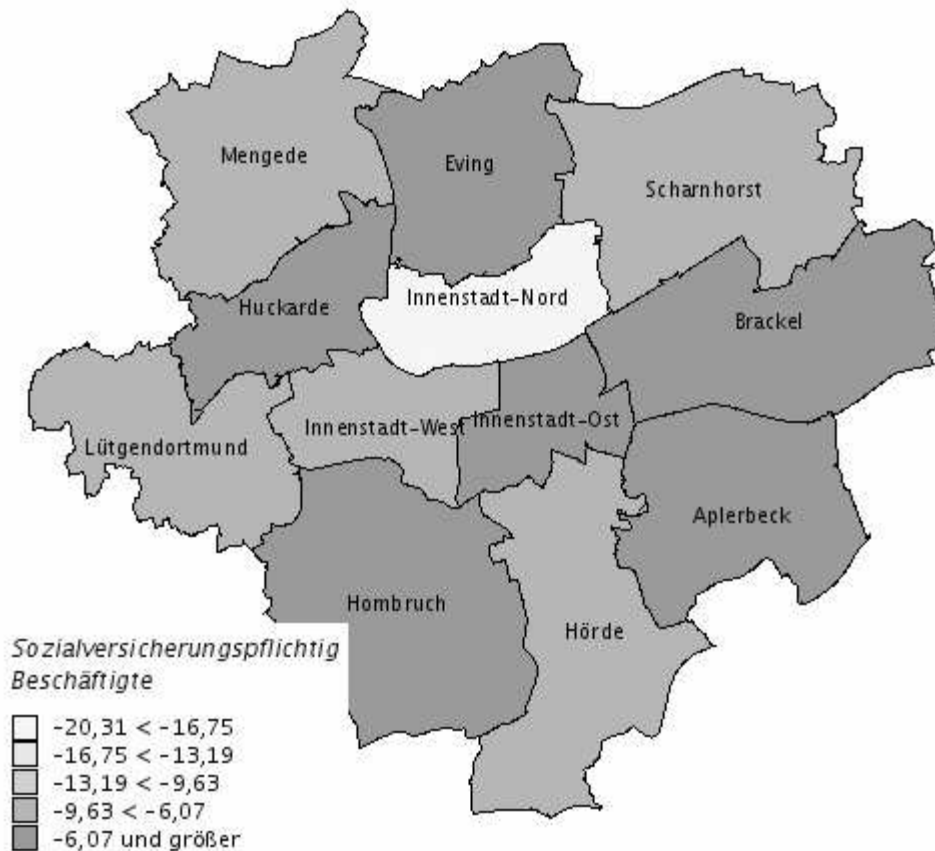
10 Lütgendortmund + 10,9

11 Huckarde + 7,2

12 Mengede + 7,6

Quelle: Sozialstrukturatlas Dortmund 2007

Abnahme der soz.vers. Beschäft. 2000 – 2005



Dortmund, Stadtbezirke in Prozent

Dortmund -6,5

01 Innenstadt-West -8,9

02 Innenstadt-Nord -20,3

03 Innenstadt-Ost -4,2

04 Eving -4,3

05 Scharnhorst -6,4

06 Brackel -5,3

07 Aplerbeck -3,0

08 Hörde -6,3

09 Hombruch -2,5

10 Lütgendortmund -6,4

11 Huckarde -3,2

12 Mengede -6,7

Quelle: Sozialstrukturatlas Dortmund 2007

2. Die Antworten neoliberaler Stadtpolitik

Die Stadt als Verwertungsraum des Kapitals und Brennspeigel von Klassenwidersprüchen

- Neoliberaler Ausweg (1): „Wettbewerb der Standorte“ um Investoren (Gewerbesteuer, Gebühren/Abgaben, Sponsoring) – um Einwohner (zahlungsstarke Käuferschichten, Schlüsselzuweisungen des Landes) – um Imagegewinne (weiche Standortfaktoren, Tourismus) – Schielen auf Förderkulissen (EU, Bund, Land)
- Neoliberaler Ausweg (2): „Stärken stärken“ – Stadtentwicklung als Projektentwicklung – „Leuchttürme“ (Alleinstellungsmerkmale) – Privatisierung der Stadtplanung (ppp u.a.)
- Stadträumliche Segregation: Konzentration der öffentlichen Mittel auf
 - a) begünstigte Wohnviertel (z.B. Stadtkrone Ost, Phoenix West und Ost)
 - b) Stadtteile „mit besonderem Entwicklungsbedarf“: Von 39 Sozialräumen der Stadt gilt jeder dritte als benachteiligt, aber der Aktionsplan beschränkt sich auf 4 „Aktionsräume“ (Nordmarkt, Borsigplatz, Hafen-Rhein.Str., Hörde Zentrum) – der Rest verfällt in Flickschusterei, nur Privatinitiative gefördert
- Bürgerbeteiligung: a) „Dortmunder Konsens“ = Oligarchie, Korporatismus
b) institutionelle Bürgeranhörung (Baugesetzbuch, ohne Bindungswirkung)
c) Konfliktmanagement durch Moderation, Propaganda für's Ehrenamt

3. Die Trends der Hauptfunktionen der Stadt

- Kernstadt: Regionale Mobilisierung von Kaufkraft („Oberzentrum“) – Inszenierung der Stadt als Event („Festivalisierung“) – Verdrängung zahlungsschwacher Wohnbevölkerung und „störender“ Nutzergruppen – Filialisierung des Einzelhandels
- Arbeit: „Wirtschaftsförderung ist die beste Sozialpolitik“ – Gewerbeansiedlung zu Lasten des Wohnwerts (Immissionen) – Strukturwandel (Hitech / Logistik, Umnutzung von Konversionsflächen)
- Wohnen: Segregation durch a) Ghettobildung (benachteiligte Sozialräume s.o., aber auch vernachlässigte Großsiedlungen des privatisierten Sozialwohnungsbaus („Heuschrecken“), b) Verdrängung durch Aufwertung, c) Eigentumsförderung (5.000er-Programm usw.)
- Kultur: Förderung der Hochkultur (Konzerthaus, Dortmunder U) – „Festivalisierung“ der Breitenkultur (Zweck: Kaufkraftmobilisierung) – Kommerzialisierung von Freizeit und Bildung (z.B. Sportstätten, Bertelsmann, Bildungspartnerschaften Schule-Wirtschaft, DO-Stiftung)
- Verkehr: Vorrang für MIV („autogerechte Stadt“) – Straßenbau zu Gewerbestandorten (B1, OW III a, Nordspange, NS IX) – ÖPNV stagniert (Ende des Stadtbahnbau, Busnetz 2000 betriebswirtschaftlich „optimiert“, Kampf um Sozialticket)

4. Die wichtigsten Planungsinstrumente

- Überörtliche Planung: LEP (1995) – GEP Teilabschnitt
Dortmund/Kreis Unna/Hamm (2003) – Landschaftspläne Dortmund Nord, Mitte und Süd (2004)
- Informelle Planung: Masterpläne (Wohnen, Mobilität, Umwelt, Einzelhandel, Wirtschaftsflächen) - Integrierte Stadtbezirk-entwicklungskonzepte (InSEKt)
- Vorbereitende Bauleitplanung: Der Flächennutzungsplan (2004)
Leitplan der Stadtentwicklung für 15 - 20 Jahre – bestimmt Nutzungsart (und in Verbindung mit BNVO auch zulässiges Maß der baulichen Nutzung: GRZ, GFZ)
- Verbindliche Bauleitplanung: Der Bebauungsplan (flächenbezogen / vorhabenbezogen) – parzellenscharf, verbindl. Rechtsgrundlage für Bauordnungsrecht (inkl. Veränderungssperren) und Erschließungskostenteilung

5. Der Flächennutzungsplan als Leitplan der Stadtentwicklung (1)

verbindlich für Behörden und sonstige „Träger öffentlicher Belange“

- 1964: „autogerechte Stadt, gegliederte und aufgelockerte Stadt“ – 1985: „multizentrisches Stadtmodell“ – 2004: „Der neue F-Plan soll sich mehr über konkrete Projekte als über abstrakte Leitbilder definieren.“
- Entwicklungsprognose (2015) gemäß „dortmund-project“: 70.000 neue Arbeitsplätze – 580.000 Einwohner – 1.800 neue Wohnungen jährlich (davon 200 im Bestand, die anderen in Bebauungsplänen) – weit von der Realität entfernt: bis Ende 2008 +13.000 „Erwerbstätige“ (überwieg. Ersatz von soz.vers. Beschäft. durch prekär Beschäftigte), 578.600 Einwohner (02/2009), +700 Wohnungen (2007)
- Entwicklungsziele: Reaktivierung von Brachflächen – Wirtschaftsförderung – Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Zentrenstruktur – Agendaprozess – Wohnbaulandangebot – vernetztes Freiraumsystem – Harmonisierung von Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung – Sparsamer Umgang mit Ressourcen

5. Der Flächennutzungsplan (2)

„Städtebauliche Entwicklungsimpulse“:

Phoenix West und Ost

Alter Flughafen

Hafen und Kanalschiene

Dortmunder U

Hauptbahnhof

Westfalenhütte

B1-Rahmenplanung

Güterverteilzentrum Ellinghausen

Wohnbauflächenpotential 632 ha (= 8,7 % vom Bestand 2001: 7.250 ha),
davon „Eingriffe in Natur und Landschaft“ 180 ha (= 1,3 % vom Bestand
2001: 13.700 ha)

Gewerbeflächenpotential 390 ha (= 23 % vom Bestand 2001: 1.690 ha), davon
„Eingriffe in Natur und Landschaft“ 100 ha (0,7 % vom Bestand 2001)

6. Leitbild der LINKEN: Solidarische Stadt (1)

- Kernstadt und Stadtteile: Leuchtturmprojekte und Metropolenwahn beenden. Stadtentwicklung muss die einzelnen Quartiere in ihren Eigenheiten, aber bei gleichwertigen Lebensbedingungen und Versorgungsstandards fördern.
- Arbeit: Lokal orientierte öffentliche Beschäftigungsprogramme, vor allem in benachteiligten Sozialräumen.
- Wohnen: Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände. Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Mindestens 20% des Wohnungsbestandes muss in öffentlichem Eigentum (einschließlich Genossenschaften) bleiben, mindestens 25% mietpreisgebunden, und zwar in allen Stadtbezirken.
- Flächenfraß beenden, keine Zersiedlung der Freiflächen mit neuen Einfamilienhaussteppen, keine neuen Gewerbe- oder Wohngebiete außerhalb geschlossener Siedlungsgebiete. Sanierung von Bestandsgebäuden hat Vorrang vor Neubaumaßnahmen.
- Kultur: Ausgewogene Förderung von Breiten- und Hochkultur – Unterstützung kultureller Vielfalt in allen Stadtteilen, Erhalt von Bibliotheken und Kulturzentren.

6. Solidarische Stadt (2)

- Verkehr: Stadt der kurzen Wege – Verkehrsminderung durch umweltverträgliche Funktionsmischung – Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Wasser und Schiene – Rückentwicklung des Flughafens auf den Geschäftsverkehr.

Vorrang für umweltverträgliche Verkehrsarten (einschl. Rad- und Fußverkehr). Ausbau des ÖPNV auch zu Nebenzeiten und in Außenbezirken. Der ÖPNV muss stadtweit schneller als der Autoverkehr werden (getrennte Spuren, Vorrangschaltung usw.)

Einrichtung einer großflächig zusammenhängenden Umweltzone, um Feinstaub- und CO₂-Belastungen zu verringern.

- Versorgung: Vollständige Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung. Bevorzugter Einsatz erneuerbarer Energien in dezentraler Erzeugung.
- Bürgerbeteiligung: Beteiligungshaushalt – Entscheidungsbefugnis von Bürgerversammlungen für Bauleitpläne.

